

## Konflikt um die Weichenstellungen

Gewerkschaftliche Politik zwischen kleinen Korrekturen und großen Strukturreformen

von | Hans-Jürgen Urban und Christoph Ehlscheid



Bei VW in Dresden, 2.5.2012 (Foto: dpa)

### Vor wichtigen Weichenstellungen

»Armutszuwanderung«, Vorratsdatenspeicherung, gesetzlicher Mindestlohn und abschlagsfreie Rente mit 63 für langjährig Versicherte – die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen und streitet über die Umsetzung der nur mühsam gefundenen Kompromisse des Koalitionsvertrages. Begleitet und angefeuert wird das Ringen der Koalitionäre durch eine Front aus Wirtschaftslobbyisten, Medienvertretern und neoliberalen Wissen-

schaftlern, die bei den kleinsten sozialen Verbesserungen ein Komplott der Alten gegen die Jungen beklagen und den drohenden Abstieg des Exportweltmeisters in die zweite Liga der Wirtschaftsnationen herbeireden wollen. Bereits während der Koalitionsverhandlungen hat der Sachverständigenrat in seinem Gutachten aus dem November wuchtig und unmissverständlich seine Haltungen zu Änderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik deutlich gemacht. Im Gutachten heißt es: »So gehen viele der derzeit diskutierten Maßnahmen, wie etwa die Mütter-

rente, die Aufstockung von niedrigen Renten oder großzügige Ausnahmen von der Rente mit 67, überwiegend zu Lasten der kommenden Generationen. Die künftigen Herausforderungen werden sogar um ein Vielfaches schwerer zu bewältigen sein, wenn die Reformen der Agenda 2010 verwässert oder in Teilbereichen gänzlich zurückgenommen werden. Gleiches gilt für neue wachstums- und beschäftigungsfeindliche Maßnahmen, wie den Mindestlohn oder Steuererhöhungen.«<sup>1</sup> Und mit Blick auf die diskutierten Schutzmaßnahmen für Beschäftigte in der Leiharbeit sowie bei Werksverträgen drohte Daimler-Vorstand Zetsche unverhohlen: »Wenn sich die Bedingungen am Standort Deutschland weiter verschlechtern, müssen wir über die Verlagerung von Produktion an andere Standorte nachdenken.«<sup>2</sup>

Gewerkschaften, Sozialverbände und Sozialinitiativen sollten diese »Ansagen« als Weckruf interpretieren: Ganz gleich wie man den Koalitionsvertrag im Einzelnen und die Zielsetzungen der großen Koalition in ihrer Gesamtheit beurteilt – das Ringen um kleinste soziale Verbesserungen hat längst begonnen. Es wird höchste Zeit, den Fehdehandschuh aufzunehmen, um Einfluss auf die anstehenden Weichenstellungen zu gewinnen und ein sozialpolitisches Rollback abzuwehren.<sup>3</sup> Gerade das erste Halbjahr 2014 wird aus gewerkschaftlicher Sicht dabei von besonderem Interesse sein: Wichtige rentenpolitische Neuregelungen sollen am 1. Juli in Kraft treten. Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles hat für die abschlagsfreie Rente mit 63 für langjährig Versicherte, die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und die Mütterrente bereits einen Referentenentwurf vorgelegt. In dieser Konstellation gilt es, strategisch zwischen »kleinen Korrekturen« und »großen Strukturreformen« zu unterscheiden. Die kleinen Korrekturen sind nicht klein, weil sie unwichtig wären; doch sie bedeuten im Ergebnis vor allem mehr oder weniger umfangreiche Korrekturen der Agenda-Politik, die sich nicht nur als sozial- und gesellschaftspolitische Katastrophe, sondern zugleich als Mühlstein am wahlpolitischen Hals der Agenda-Partei SPD erwiesen hat. Offensichtlich wird diese Einsicht nicht mehr gänzlich unterdrückt und die Führung unter Sigmar Gabriel versucht erste Schritte in eine andere Richtung zu gehen. Doch dies dürfte als Antwort auf die sozialpolitischen Anforderungen am Beginn der Legislaturperiode nicht ausreichen. Die Schäden an den Fundamenten des Sozialstaats aus der Agenda-Periode sowie die Probleme, die sich aus der Prekarisierung der Arbeit, der einkommenspolitischen Fehlentwicklung zugunsten der Bestverdienenden und Vermögenden sowie der europäischen Krisenpolitik ergeben, erfordern grundlegendere Strukturveränderungen in nahezu allen Sektoren des Sozialstaates. Diese müssen auf der Agenda gewerkschaftlicher Politik und Forderungen bleiben, auch wenn sie gegenwärtig kaum realisierbar erscheinen. Daraus ergibt sich die Anforderung einer gewerkschaftlichen Doppelstrategie: Regierungspolitiken, die auf die kleinen Korrekturen zielen, bedürfen der gewerkschaftlichen Unterstützung, sonst werden nicht mal sie Realität. Doch zugleich muss das gesellschaftliche Bewusstsein über die Unzulänglichkeiten zu kleinmütiger Verbesserungen wachgehalten und müssen Strukturveränderungen zum Ansatzpunkt einer offensiveren, mobilisierungsorientierten Interessenpolitik gemacht werden. Denn eines ist offensichtlich: Für eine solidarische Lösung der gegenwärtigen wirtschaftlichen

und sozialen Probleme in Deutschland und Europa reichen weder die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages noch die sich abzeichnenden Schritte der einzelnen Ministerien.

Anlass genug, über die Prioritäten der gewerkschaftlichen Politik nachzudenken, Handlungsfelder zu identifizieren und Forderungen weiterzuentwickeln. Neben einer genaueren Betrachtung der objektiven Problemlagen und Handlungsbedingungen in einzelnen Politikfeldern können auch zentrale Ergebnisse einer aktuellen Beschäftigtenbefragung wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung gewerkschaftlicher Programmatik und Praxis liefern. Diese hat die IG Metall zwischen Mai und August 2013 durchgeführt. Mit mehr als einer halben Million Rückantworten (n = 514.134), darunter etwa ein Drittel von unorganisierten Beschäftigten (31 %), vermittelt die Befragung insgesamt ein aussagefähiges Bild über die Einschätzungen der Beschäftigten zu ihren Arbeitsbedingungen, ihren Arbeitsansprüchen und ihren Erwartungen an die Prioritäten der gewerkschaftlichen Politik.<sup>4</sup>

## Felder der Arbeits- und Sozialpolitik

Im Folgenden sollen Problemlagen in den Feldern der Arbeits- und Sozialpolitik beschrieben und Handlungs- und Durchsetzungsbedingungen eingeschätzt werden. In Verbindung mit den Erwartungen der Beschäftigten – wie sie sich aus der Befragung ergeben – sollen erste Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Schwerpunktsetzung gezogen werden.

### Arbeitsmarkt

Die Ausbreitung atypischer und prekärer Beschäftigung zu stoppen und den wachsenden Niedriglohnsumpf trockenenzulegen, ist eine der zentralen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Das sehen auch die Beschäftigten so: Angesichts der Zunahme von Leiharbeit, Befristungen und Werkverträgen und der Ausweitung von Armutslöhnen kann es nicht verwundern, wenn sich die Befragten eindeutig für eine solidarische Neuordnung des Arbeitsmarktes aussprechen. So halten mehr als 90% die »Eingrenzung des Niedriglohnssektors, der

*Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall in Frankfurt a.M. Letzte Buchveröffentlichung: »Der Tiger und seine Dompoteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus«, Hamburg: VSA 2013. Christoph Ehlscheid ist Leiter des Funktionsbereichs Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main.*

<sup>1</sup> Gutachten des Sachverständigenrates, Kurzfassung 13. November 2013, S. 1.

<sup>2</sup> Bild am Sonntag v. 17.11.2013.

<sup>3</sup> Vgl. zur Bewertung des Koalitionsvertrages Informationen zur Sozialpolitik Nr. 22/November 2013, IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik.

<sup>4</sup> Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung finden sich in IG Metall Vorstand (Hrsg.): Arbeit: sicher und fair! Die Befragung. Ergebnisse, Zahlen, Fakten, Frankfurt a.M. 2013. Der vierseitige Fragebogen umfasste 20 Fragenkomplexe mit über 70 Einzelfragen zu verschiedenen arbeits- und gesellschaftspolitischen Themen. Da die Befragung als offenes und teilnehmungsorientiertes Projekt in den Betrieben durchgeführt wurde, können die Ergebnisse nach der Methodenlehre der quantitativen Sozialforschung zwar nicht als repräsentativ gelten. Gleichwohl entspricht die Verteilung der Antworten nach Alter, Geschlecht, Qualifikation und regionaler Konzentration in etwa der Beschäftigten- und Branchenstruktur des Organisationsbereichs der IG Metall. Vgl. Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid: Plädoyer für ein arbeits- und sozialpolitisches Mandat – Ergebnisse einer Beschäftigtenbefragung der IG Metall, WSI-Mitteilungen 8/2013, S. 614ff.

Leiharbeit und von Mini-Jobs u.a.« für wichtig bis sehr wichtig. Die Forderungen der Befragten bestätigen die IG Metall, mit ihrer Kampagne

»Arbeit: sicher und fair« Themen aufgegriffen zu haben, die aus Sicht der Beschäftigten von hoher Relevanz sind.

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag liefert durchaus Ansatzpunkte für eine solche Politik: Unter der Schlagzeile »Wir wollen Arbeit für alle, sicher und gut bezahlt« greifen Union und SPD Elemente gewerkschaftlicher Forderungen im Koalitionsvertrag auf. Das darf sicher auch als Resultat gewerkschaftlicher Kampagnen gewertet werden. Und das ist gut! Doch insgesamt wäre in der Arbeitsmarktpolitik mehr Mut empfehlenswert.

So ist die Einführung eines bundesweiten, einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ein wichtiger Schritt gegen den rasant wachsenden Niedriglohnsektor. Aber mit der drohenden häppchenweisen Einführung und den möglichen Abweichungen droht die Wirkung für die nächsten Jahre verwässert zu werden. Die Gewerkschaften werden sich in die laufende Debatte um das Tempo der Einführung, mögliche Ausnahmen und die Höhe des Mindestlohns mit Nachdruck einmischen müssen. Die gewerkschaftliche Forderung kann dabei nur lauten: zügige Einführung, keine Ausnahmen und rasche Anhebung über die 8,50 Euro hinaus.

Auch bei den geplanten Regelungen zu Leiharbeit und Werkverträgen springen die Koalitionäre deutlich zu kurz. Zwar markieren die Formulierung im Vertrag eine Abkehr von der jahrelangen Deregulierung des Arbeitsmarktes und sind damit


Schritte in die richtige Richtung. So sollen etwa bei der Leiharbeit künftig eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten und der Grundsatz von »equal pay« nach neun Monaten gelten. Das ist eine Verbesserung für die Betroffenen, reicht aber nicht aus. So fehlt etwa die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots, das Leiharbeitsfirmen untersagt, die Beschäftigung einer Zeitarbeitskraft auf deren Ersteinsatz bei einem Kundenunternehmen in der Dauer zu beschränken. Zudem fehlen weitere reichende Maßnahmen zur Eindämmung prekärer Beschäftigung – etwa eine Regelung zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung – gänzlich.

Mängel gibt es auch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Hier planen die Koalitionäre nur wenige Verbesserungen bei Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen – insbesondere für Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und junge Erwachsene ohne Abschluss. Das ist richtig und notwendig. Aber angesichts des politisch erzeugten Spardrucks ist fraglich, ob qualitativ gute Leistungen finanziert werden können. Das ist dramatisch, wenn man auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt schaut: Zwar ist die Beschäftigungssituation im historischen Vergleich sicher als gut zu bezeichnen, aber seit geraumer Zeit können Arbeitslose von der positiven Arbeitsmarktentwicklung kaum profitieren. Obwohl die Beschäftigtenzahl in 2013 insgesamt weiter anstieg, nahm die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich zu.<sup>5</sup> Die Arbeitslosen leiden hier unter anderem unter den rabiatischen finanziellen Kürzungen und der weitgehend auf schnelle Vermittlung und kurzfristige Qualifizierungsmaßnahmen ausgerichteten Arbeitsförderung der letzten Jahre – insbesondere im Hartz IV-System. Diese Versäumnisse der Vergangenheit sind Mitverursacher der jetzt ausgemachten Probleme. Nötig wäre eine auf Nachhaltigkeit und gute Arbeit ausgerichtete Arbeitsvermittlung. Nötig wäre auch eine Abkehr vom aktivierenden Arbeitsmarktsystem mit seinen nicht existenzsichernden Lohnersatzleistungen und seinen repressiven Zumutbarkeitsregeln. Hierzu schweigt der Koalitionsvertrag. Nicht einmal Prüfaufträge werden formuliert. Das kann so nicht bleiben!

Für die Gewerkschaften ergibt sich folgende Aufgabenstellung: Sie werden politischen Druck für die Realisierung der positiven Ansätze, die im Koalitionsvertrag formuliert sind, aufbauen müssen; zugleich gilt es für eine grundlegende Reform der Arbeits- und Sozialverfassung zu werben, die Prekarität und Armut für Beschäftigte und Arbeitslose vermeidet und für beide Perspektiven und Sicherheit zu schafft. Diese Auseinandersetzung hat für die Gewerkschaften auch eine machtpolitische Dimension: So hat die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu einer massiven Schwächung der Verhandlungs- und Organisationsmacht von betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften geführt. Die gezielte Förderung prekärer Beschäftigung und verschärfte Regelungen beim Sozialleistungsbezug haben den Konkurrenzdruck zwischen Prekariat und Stammbeslegschaften sowie zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen deutlich erhöht.<sup>6</sup>

**Arbeitspolitik**

Die Mehrheit der Beschäftigten wünscht sich nicht nur Arbeit, sondern gute Arbeit. Sie soll dauerhaft ein Auskommen sichern und nicht krank machen. Was in vielen Unternehmen geschieht,



Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.  
Informativ, knapp und klar: Ossietzky

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich:

**Jahresabo/Geschenkabo**  
25 Hefte € 58,- (Ausland € 94,-),

**Halbjahresabo/Geschenkabo**  
12 Hefte € 32,-

**Jahresförderabo** € 104,-  
**Halbjahresförderabo** € 75,-

-----  
Vorname/Name

-----  
Adresse

-----  
Datum/Unterschrift

---

**Ossietzky** erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

**Ossietzky** unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Dietrich Kittner. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

---

**Verlag Ossietzky GmbH**  
**Fax 0511 - 21 55 126 · ossietzky@interdruck.net**  
**www.ossietzky.net**

läuft in die entgegengesetzte Richtung. Neben den klassischen körperlichen Belastungen nehmen insbesondere psychisch belastende Arbeitsbedingungen immer stärker zu. Über alle Branchen und Berufsgruppen hinweg steigt die Arbeitsintensität, wächst der Zeitdruck und atypische Arbeitszeiten wie Nacht- und Schichtarbeit breiten sich aus. Zugleich gehört für immer mehr Beschäftigte ansteigende Monotonie zum Arbeitsalltag. So berichten denn auch 80% der Beschäftigten in der Befragung der IG Metall über zunehmende Arbeitsverdichtung. Knapp über die Hälfte der Befragten, nämlich 51%, fühlen sich ständig oder häufig gehetzt oder unter Zeitdruck. Ständig oder häufig arbeiten 21% außerhalb der regulären Arbeitszeit. 12% geben an, auch in der Freizeit für den Betrieb erreichbar bleiben zu müssen. Dem steht der Wunsch der Beschäftigten gegenüber, die zu 77% gänzlich oder eher »eine geregelte Arbeitszeit mit klar festgelegtem Beginn und Ende« einfordern, um Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können.

Alle Anzeichen sprechen dafür, Fragen der Leistungsbedingungen und der Gesundheit zu einem zentralen Bestandteil der gewerkschaftlichen Strategie zu machen. Eine weitere Zuspitzung der Belastungen und Zumutungen droht den seidenen Fäden der Gesundheit zum Reißen zu bringen, der in vielen Befunden schon als angespannt geschildert wird. Das kann aber auch bedeuten: Der Kampf um Gesundheit in der Arbeit könnte zu einem zentralen Konfliktfeld werden, in dem erhebliche Mobilisierungspotenziale für die Gewerkschaften verborgen liegen. Diese werden sich nur erschließen lassen, wenn es gelingt, Präventionsbewegung von unten zu initiieren. Gefordert sind dabei Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute. Gemeinsam gilt es, Bewusstsein und Handlungsbereitschaft gegen Gefährdungen bei der Arbeit zu fördern, Beschäftigte als Experten ihrer Arbeitsbedingungen einzubeziehen und Projekte »Guter Arbeit« betrieblich zu verankern.

Hinzukommen muss aber auch eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen. So fehlen im Bereich der psychischen Belastungen eindeutige und verbindliche Vorgaben im Arbeitsschutzrecht. Deshalb hat die IG Metall die Initiative ergriffen und den viel beachteten Entwurf einer konkretisierenden Arbeitsschutzverordnung (»Anti-Stress-Verordnung«) vorgelegt. Ihr ist bei ihrer Initiative zum Thema psychische Belastungen in der modernen Arbeitswelt ein erfolgreiches Agenda-Setting gelungen. Der Verordnungsentwurf hat bei Wissenschaftlern, Arbeitsschutzakteuren und in der Politik breite Unterstützung erfahren. Besonders die drei Oppositionsparteien des letzten deutschen Bundestages und eine Länderinitiative unter der Federführung des SPD-geführten Hamburger Senats haben sich für den Erlass einer solchen Verordnung stark gemacht. Umso bedauerlicher ist es, dass die Absichtserklärungen von Union und SPD keine Fortschritte erwarten lassen.<sup>7</sup> Der Koalitionsvertrag sieht vor, erst mehr wissenschaftliche Erkenntnisse zu sammeln, bevor gehandelt wird. Damit ist eine Anti-Stress-Verordnung nicht ausgeschlossen, aber die Koalitionsvereinbarung geht im Wesentlichen nicht über das hinaus, was die IG Metall schon in Verhandlungen mit der Vorgängerregierung erreicht hatte. Die betrieblichen Akteure brauchen jedoch schnell ein eigenständiges Regelwerk in Form einer Anti-Stress-Verordnung. Nur so lässt sich verbindliche Prävention zum Schutz vor

Gefährdungen durch psychische Belastungen in den Betrieben umsetzen. In der kommenden Legislaturperiode wird es daher darauf ankommen, den Druck auf die Politik zur Verabschiedung einer entsprechenden Verordnung hochzuhalten.

### Demografie

In der wissenschaftlichen wie politischen Debatte besteht ein weitgehender Konsens, dass die absehbare »Alterung« von Belegschaften und Gesellschaft den arbeitspolitischen Problemdruck in den Betrieben erhöhen wird. Die Befunde der Beschäftigtenbefragung weisen darauf hin, dass die Betriebe nicht in ausreichendem Maße auf die Herausforderungen des demografischen Wandels vorbereitet sind. Altersgerechte Arbeitsplätze sind, trotz anderslautender Bekundungen von Arbeitgebern und Politikern, Mangelware. So glauben gerade mal 4% der Befragten, dass ihr Betrieb sehr gut auf älter werdende Belegschaften vorbereitet sei, während 48% ihren Betrieb als schlecht oder gar nicht vorbereitet ansehen. Unter solchen Bedingungen verwundert es nicht, dass gerade mal 31% der Beschäftigten davon ausgehen, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten zu können. Bei Beschäftigten, die besonders belastenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, fallen die Ergebnisse noch schlechter aus. So glaubt lediglich ein Fünftel der Schichtarbeiter, bis zur Rente arbeiten zu können.

Diese Befunde unterstreichen die Bedeutung des demografischen Wandels als wichtiges Zukunftsthema. Auf Unterstützung durch die Politik wird man bei der Bearbeitung dieser Zukunftsaufgabe wohl nicht zählen können. Obwohl das Demografie-Thema unter den zeitgenössischen politischen und gesellschaftlichen Diskursen einen prominenten Platz einnimmt, sind nennenswerte politische Initiativen oder ernstzunehmende Regelungsvorschläge nicht auszumachen. Und das trotz mehrerer Demografie-Gipfel der Vorgängerregierung und trotz der im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierung immer wieder betonten Erkenntnis, der demografische Wandel sei eine bedeutende Herausforderung, der man sich stellen müsse.

Unter diesen Umständen sowie angesichts des wachsenden Problemdrucks und der hohen Bedeutung des Themas für ihre Mitglieder hat die IG Metall die Initiative ergriffen und im Rahmen ihrer Kampagne »Gute Arbeit – Gut in Rente« die Missstände in der Arbeitswelt und den Mangel an Arbeitsplätzen für Ältere zum Gegenstand betrieblichen Handelns gemacht. In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, den aus der Beschäftigtenbefragung deutlich gewordenen Handlungsdruck aufzugreifen und erste erfolgreiche Ansätze in einzelnen Betrieben in eine breit angelegte Initiative für eine »demografiesensible« Arbeitswelt münden zu lassen.

<sup>5</sup> Vgl. Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit (BA) Dezember und Jahresbericht 2013. Siehe auch BA Pressemitteilung 2/2014 vom 7.1.2014.

<sup>6</sup> In einschlägigen Studien wird der (zweifelhafte) Erfolg der Maßnahmen konstatiert. So stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung fest, dass sich Arbeitssuchende infolge des Hartz IV-Regimes häufiger als früher auch um inadäquate Arbeitsplätze bemühen. Vgl. Anja Kettner/Martina Reben: Hartz IV-Reform. Impulse für den Arbeitsmarkt, IAB Kurzbericht Nr. 19, 2007.

## Alterssicherung

Der Um- und Abbau der Rentenversicherung hat im Zuge einer ganzen Serie von so genannten Reformen für schwerwiegende Leistungskürzungen gesorgt, eine weitreichende (Teil-)Privatisierung der Alterssicherung vorangetrieben und stufenweise die Regelaltersgrenzen angehoben. Die langfristigen Folgen sind absehbar: Lebensstandardsicherung im Alter rückt für viele in weite Ferne und bis in den Kern der arbeitnehmerischen Mitte hinein droht Altersarmut wieder zu einem ernsthaften Risiko zu werden.<sup>8</sup> Das sehen auch die Beschäftigten. Sie haben große

Sorgen um ihre Absicherung im Alter. Gerade einmal 4% der Befragten glauben, dass sie einmal von ihrer gesetzlichen Rente »gut« werden leben

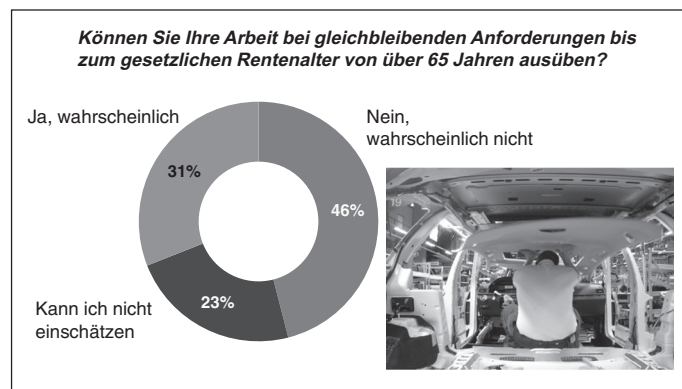
## Forum Gewerkschaften

können. Ein gutes Drittel geht von einer Rente aus, die »gerade ausreichen« wird. Mehrheitlich dominiert die Sorge, dass die Altersbezüge aus der gesetzlichen Rentenkasse nicht reichen werden. Das sagen 42% der Befragten und bei den unter 35-Jährigen haben sogar 52% keine Hoffnung auf eine auskömmliche Rente. Dass die private Vorsorge die Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht schließen kann, ist offensichtlich. Auch in den Einschätzungen der Betroffenen findet das seinen Niederschlag. So glauben lediglich 28%, dass sie für ihr Alter in »ausreichendem Umfang« zusätzlich vorsorgen. Der Anteil derer, die gar keine zusätzliche Altersvorsorge betreiben, weil sie sie sich nicht leisten können, ist bei Beschäftigten ohne Berufsausbildung mit 40% besonders hoch. An der Problemlage der unteren Einkommensgruppen zeigen sich die Grenzen der privaten Vorsorge besonders deutlich. Gerade diejenigen Gruppen, die angesichts des sinkenden Rentenniveaus am stärksten auf die zusätzliche Vorsorge angewiesen wären, können sie sich schlicht nicht leisten.

Aus Sorge um ihre Sicherung im Alter wenden sich fast 90% der Befragten gegen die Absenkung des Rentenniveaus und über 90% wollen, dass die »Rente mit 67« zurückgenommen wird. Zudem sprechen sich die Beschäftigten deutlich für flexible Ausstiegsmöglichkeiten am Ende des Erwerbslebens aus. Die Möglichkeit, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen, halten 92% der Befragten für wichtig oder sehr wichtig. Zudem fordern 98% einen abschlagsfreien Ausstieg nach »langer Erwerbstätigkeit« sowie die Förderung eines flexiblen Ausstiegs durch den Gesetzgeber.

Daher engagiert sich die IG Metall in ihrer Kampagne »Gute Arbeit – Gut in Rente« gegen die Rente mit 67, für flexible Ausstiegsmöglichkeiten und höhere Altersbezüge. Mit ihren Vorschlägen für gute Renten und neue Rentenarten, die einen erleichterten Rentenzugang und eine bessere Absicherung für Erwerbsgeminderte ermöglichen, eine öffentliche Förderung gleitender Übergänge (neue, öffentlich geförderte Altersteilzeit) sicherstellen und einen abschlagsfreien Rentenzugang für Beschäftigte mit langen Versicherungszeiten eröffnen, hat sie Bewegung in die politische Debatte gebracht. Dass eine breite Bevölkerungsmehrheit Forderungen nach auskömmlichen Renten und nach fairen Aufstiegsmöglichkeiten unterstützen und Union und SPD unter Zugzwang gebracht haben, wäre ohne die Kampagne der IG Metall und ohne das Engagement des DGB und anderer Einzelgewerkschaften nicht möglich gewesen. Wie groß

Abbildung 1: Mehrheit schafft es wohl nicht vis zur Rente



Quelle: IG Metall FB Sozialpolitik, Christoph Ehlscheid

## Die IG Metall fordert einen Kurswechsel in der Politik. Wie wichtig sind für Sie folgende Handlungsfelder?

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Regulierung der Finanzmärkte und Besteuerung von Finanztransaktionen.	54%	35%	9%	2%
Mehr Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften.	47%	34%	14%	4%
Erhalt und Stärkung der sozialen Sicherungssysteme (Rente, Pflege, Gesundheit, Arbeitslosenversicherung).	75%	22%	2%	0%
Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.	48%	35%	13%	5%
Gleiche Bildungschancen unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern.	67%	27%	4%	1%
Ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum.	53%	41%	5%	1%
Eine solidarische Krisenbewältigung in Europa.	40%	40%	15%	5%

Quelle: IG Metall FB Sozialpolitik, Christoph Ehlscheid

der Druck auf die Regierungsparteien war und ist, Verbesserungen bei der Alterssicherung vorzunehmen, zeigen sowohl die Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag als auch der jüngst veröffentlichte Referentenentwurf des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Darin ist vorgesehen, dass besonders langjährig Versicherte nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente gehen können; dass anrechenbare Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder ausgeweitet werden; und dass Erwerbsgeminderte besser abgesichert werden.<sup>9</sup> Das ist gut so!

Doch Vorsicht bei aller Freude über die erreichten Etappenziele in der Rentenpolitik. Eine genauere Betrachtung zeigt auch deutlich die Schwachstellen: So soll der abschlagsfreie Ausstieg für langjährig Versicherte im Gleichklang mit der Regelaltersgrenze wieder angehoben werden. Auch bei der Erwerbsminde-

rungsrente stellt die Anhebung der Zurechnungszeiten um zwei Jahre eine Verbesserung dar. Allerdings sollen auch zukünftig Erwerbsgeminderte mit Abschlägen bestraft werden. Zudem bleiben die Zugangshürden viel zu hoch. Nahezu die Hälfte aller Anträge wird heute abgelehnt. Daran soll nichts geändert werden. Und selbst wenn man die (später geplante) Lebensleistungsrente und die Mütterrente als weitere Verbesserungen einmal hinzunimmt – es bleibt bei der Rente mit 67 und einem weiterhin sinkenden Rentenniveau. Mit höheren Altersgrenzen, niedrigen Alterseinkommen und zusätzlichen Rentenabschlägen droht Altersarmut in Zukunft zu einem Massenphänomen zu werden. Hier besteht weiterhin großer Handlungsbedarf.

## Ausblick

Angesichts der in den einzelnen Themenfeldern dargestellten Entwicklungen dürfen sich die Gewerkschaften durchaus in doppelter Hinsicht bestätigt sehen: Einerseits bescheinigen ihnen ihre Mitglieder, dass die Gewerkschaften durchaus in den vergangenen Jahren mit ihrer Programmatik und ihren Kampagnen die richtigen Themenfelder identifiziert und Forderungen erhoben haben, die von den Beschäftigten breit getragen werden. Für die IG Metall etwa zeigt sich das deutlich in den Antworten zur Beschäftigtenbefragung. Die Einstellungen der Beschäftigten zu den Themen Rente und Altersübergang sind ebenso wie die Antworten zu den Bedingungen altersgerechten Arbeitens und zur Neuordnung des Arbeitsmarktes eine klare Bestätigung der Forderungen, für die sich die IG Metall in ihren Kampagnen »Gute Arbeit – Gut in Rente« und »Arbeit: sicher und fair« seit Monaten engagiert. Die Befragten weisen bei der Durchsetzung der Forderungen gerade auch dem Feld der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme eine wichtige Rolle zu. So halten 97% der Befragten den Erhalt und die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme für ein wichtiges oder sehr wichtiges Handlungsfeld. Das ist ein starkes Votum dafür, dass die Gewerkschaften weiterhin ihr sozialpolitisches Mandat wahrnehmen. Zugleich zeichnen sich erste mögliche Erfolge am politischen Horizont ab. Kleine Verbesserungen scheinen in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik realisierbar zu sein. Auch das ist eine Bestätigung für die Gewerkschaften. Sie haben mit ihrer Mobilisierung eine Saat gesät, die die Chance auf eine (sozial-)politische Ernte eröffnet.

Doch die Ernte ist längst nicht trocken in der Scheune! Die gesellschaftliche und mediale Gegenmobilisierung von Lobbyisten, Medienvertretern und neoliberalen Wissenschaftlern, die keine Kurskorrektur – und sei sie auch noch so klein – beim eingeleiteten Um- und Abbau des Sozialstaates zulassen wollen, bedrohen die erreichbaren Fortschritte. Für die Gewerkschaften ergibt sich daraus die Aufgabe, für die Umsetzung der positiven Inhalte des Koalitionsvertrages mobilisieren zu müssen. Doch damit nicht genug: Zugleich wird es darum gehen, auf weitergehende Reformschritte zu drängen. Auch in der kommenden Legislaturperiode wird der soziale Fortschritt auf konfliktbereite und mobilisierungsfähige Gewerkschaften angewiesen sein!

Dabei werden sie auch stärker als bisher über den nationalstaatlichen Tellerrand hinausschauen müssen. Die medialen Diskurse versuchen die europäische Krise ausschließlich

als Krankheit der Südländer zu diagnostizieren. Gewarnt wird höchstens vor einer Ansteckung Deutschlands. Doch das hat mit der Realität wenig zu tun. Die Krise in der Eurozone ist letztlich Resultat einer prozyklischen und sozialstaatsfeindlichen Austeritätspolitik, die vor allem durch die Bundesregierung unter Angela Merkel durchgedrückt wurde und vermutlich auch in Zukunft wird. Trotz der Signale, dass die Wirtschaft im nächsten Jahr in Krisenländern wie Spanien oder Portugal nach einer tiefen und langen Rezession wieder wachsen wird, ist die Krise längst nicht überwunden. So wird die Zahl der Jobsuchenden auch 2014 weiter auf neue Rekordhöhen steigen. Das wird die soziale Spaltung in Europa weiter vertiefen.

**Forum  
Gewerkschaften**

Mehr noch: Derzeit wird in Europa eine institutionelle Struktur errichtet, die den neoliberalen Sparkurs zementiert und Tarifsysteme und Sozialstandards unterminiert. Wenn in den Krisenländern Gewerkschaftsrechte abgebaut, der Arbeitsmarkt dereguliert und Renten gekürzt werden, dann bleibt das über kurz- oder lang nicht ohne Folgen für die hiesige Debatte. Die Gewerkschaften stehen damit kurzfristig vor der Aufgabe, den Widerstand gegen eine ökonomisch und sozial desaströse Krisenpolitik europaweit zu organisieren. Mittelfristig bedarf es einer europapolitischen Neuorientierung der Gewerkschaften. Notwendig sind eine effizientere Koordination der nationalen Verteilungs- und Arbeitsmarktpolitiken und zugleich der Ausbau der Interessenvertretungsstrukturen in europäischen Konzernen.

Das wird sich aber nur erreichen lassen, wenn es den Gewerkschaften gelingt, die Beschäftigten für dieses schwierige Thema zu sensibilisieren. Denn hier besteht noch erheblicher Aufklärungs- und Diskussionsbedarf. Auch das zeigt die Beschäftigtenbefragung der IG Metall: So halten rund ein Fünftel der Befragten eine solidarische Krisenbewältigung in Europa für weniger wichtig oder unwichtig. Mit 40% halten weniger als die Hälfte der Beschäftigten Europa für ein sehr wichtiges Handlungsfeld für den von der IG Metall geforderten Kurswechsel. Damit wird der europäischen Frage zwar von einer ansehnlichen Zahl der Befragten eine große Bedeutung beigemessen, aber verglichen mit anderen abgefragten Themen rangiert die Bewältigung der europäischen Krise auf dem letzten Rang. Für die Gewerkschaften kann das nur heißen: Es sind größere Anstrengungen als bisher nötig, um den Dialog mit den Beschäftigten über die tatsächlichen Krisenursachen zu führen und die weitreichenden Folgen der neoliberalen Krisenpolitik aufzuklären. Das Jahr der Europawahl bietet dazu sicherlich ausreichend Anlass.

<sup>7</sup> Zum Stand der Umsetzung der Anti-Stress-Initiative der IG Metall vgl. Hans-Jürgen Urban/Andrea Fergen: Politische Zwischenbilanz der Anti-Stress-Initiativen, in: Lothar Schröder/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.): Gute Arbeit. Jahrbuch 2014. Profile prekärer Arbeit – Arbeitspolitik von unten, Frankfurt a.M. 2014.

<sup>8</sup> Zur Krise der Alterssicherung vgl. Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid/Axel Gerntke (Hrsg.): Der Neue Generationenvertrag. Sozialstaatliche Erneuerung in der Krise, Hamburg 2010.

<sup>9</sup> Vgl. zu den Vorschlägen aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales Referentenentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz), Bearbeitungsstand 15.1.2014.